

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

erschint wöchentlich am Samstag.
Gesamtpreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **H. Müller**
Schriftleitung und Verlagsstelle: **Stuttgart, Adreßstraße 16 b II.**
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 8.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

An die Verbandsmitglieder!

Kolleginnen und Kollegen!

Die 14. Generalversammlung unserer Organisation liegt hinter uns. Auf ihre Verhandlungen waren die Blicke aller Mitglieder gerichtet. In zehntägiger, eingehender Beratung haben die Verbandsstagsdelegierten in Stuttgart ernste Arbeit geleistet, bedeutende Beschlüsse gefaßt.

Der Verbandsstag verwarf mit großer Mehrheit die von der Generalkommission und den Verbandsinstanzen seit Jahren eingenommene Haltung und Politik, fordernd, daß unser Verband auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes gestellt und auf das Rätesystem eingestellt wird.

Mit gleicher Mehrheit lehnte der Verbandsstag die Arbeitsgemeinschaft ab, betonend, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum nur insoweit in Frage kommt, als dieses durch die wirtschaftlichen Kämpfe und den daraus resultierenden Abkommen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Frage kommt. Klar erkennend, daß die zukünftigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit immer mehr zu entscheidenden Machtkämpfen werden, forderte der Verbandsstag die Ausgestaltung unserer Organisation zu einem machtvollen Industrieverbande, der alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie in solidarischer Gemeinschaft erfassen soll.

Daß dabei die Interessen der einzelnen Branchen und deren Eigenheiten ihre volle Wertung und Berücksichtigung finden müssen, ist selbstverständlich. Mit dem machtvollen Ausbau unseres Verbandes als Kampforganisation soll seine innere Ausgestaltung verbunden werden. Darüber sagt die zum Vorstandsbericht angenommene Resolution: „Den Mitgliedern ist in weitgehendstem Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten.“

Die Entwertung des Geldes sowie die andererseits steigenden Anforderungen an die Verbandskasse machten eine Erhöhung der Beiträge zur unbedingten Notwendigkeit. Dementsprechend wurde der wöchentliche Beitrag in der I. Klasse auf 1,20 M. erhöht. Die Festsetzung dieses Beitrages setzte den Verbandsstag in die Lage, die Unterstützung der Mitglieder bei Streiks und Maßregelung in der I. Klasse von 14 auf 30 M. pro Woche zu erhöhen. Dazu kommen für die Frau pro Woche 6 M. und für jedes Kind weitere 3 M.

Gleichzeitig eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen, konnte sich die Mehrheit der Delegierten nicht entschließen. Bessere ging von der Erkenntnis aus, daß zurzeit

das Proletariat im schweren, entscheidenden Ringen

steht, wo alle Blicke, alle Kraft und alle Mittel auf die siegreiche Durchführung unserer Kämpfe eingestellt werden müssen.

Ein Jahr ist seit den Revolutionstagen im November 1918 ins Land gegangen. Ist das Proletariat frei geworden? Nein! Es schmachtet nach wie vor in den Fesseln des Kapitals, ist dessen Druck und Ausbeutung unterworfen. Und der Kapitalismus denkt nicht im Traume daran, seine Herrschaft preiszugeben. Im Gegenteil! Das Unternehmertum bietet alles auf, um die Arbeiterklasse zurückzuwerfen und eine Position nach der andern zu verschlechtern. Ein typisches Beispiel dafür bietet Berlin, wo unsere Kollegen seit einer Reihe von Wochen im schweren Kampfe stehen, um eine wesentliche Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen abzuwehren. Der Verbandsstag erkannte, welche große Bedeutung der Berliner Kampf für die gesamten deutschen Metallarbeiter, ja für die gesamte deutsche Arbeiterklasse hat. Denn was sich heute in Berlin abspielt, trifft morgen — wenn nicht schon jetzt — die Kollegen im Reich. Darum stellte sich der Verbandsstag mit Recht einmütig hinter die Berliner Kollegen, ihnen volle Sympathie und Solidarität zusichernd.

In geschlossener Phalanx

müssen wir unsere Kämpfe führen. Nur dann werden wir den an uns gestellten Aufgaben gerecht werden. Der Verbandsstag wies entschieden jeden Zersplitterungsversuch unseres Verbandes zurück. In der Geschlossenheit liegt unsre Macht. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Beschlüsse der Generalversammlung dazu beitragen, die Reihen unserer Mitglieder und das Vertrauen zum Verbande zu festigen und diejenigen, die in der Metallindustrie beschäftigt sind und uns heute noch fernsehen, der Organisation zuzuführen. Dahin zu wirken, ist aller Pflicht.

Die Zeiten sind ernst und schwer.

Treten wir mit ganzer Hingabe, mit vollem Kampfes- und Opfermut an unsere Aufgaben heran. Der Verbandsstag hat seine Entscheidungen getroffen. Nun gilt es, im Sinne seiner Beschlüsse zu wirken und alle Kräfte zusammenzufassen, um von der Großstadt bis hinaus zum letzten Dörflein in kollegialem Zusammenwirken unserer großen, gemeinsamen Sache zu dienen.

Die Zukunft unser, Glück auf zur Arbeit!

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Die tote und die lebendige Revolution

Von Ernst Däumig.

Es gibt Leute, die in diesen Novembertagen Revolutionsfeiern veranstalten. Diese meinen Zeitgenossen beweisen damit, daß sie auch nicht eine Spur von Verständnis für die revolutionäre Epoche haben, in der wir uns befinden. Die Vermühtungen und Erschütterungen des Wirtschaftslebens, der viereinhalbjährige, mit allem Raffinement der Technik und der Wissenschaft durchgeführte organisierte Massenmord, die leibliche Verelendung und seelische Verwahrlosung von Millionen Menschen — kurz, die Katastrophe des Weltkrieges mit all ihren, auch heute noch kaum übersehbaren Begleiterscheinungen und Folgewirkungen hat die Voraussetzungen geschaffen, aus denen heraus jetzt die Weltrevolution ihren Marsch durch alle Länder antritt. Die Weltrevolution — über die die Zintenkulis des Kapitals und des Reformsozialismus spötteln, die Weltrevolution — die gewiß nicht von einzelnen Personen und sogar nicht von einzelnen Parteien „gemacht“ werden kann, sondern die aus ihren eigenen ökonomischen und sozialen Gesetzen heraus, hier schneller — dort langsamer, den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit zum Austrag bringen wird. Bei uns in Deutschland hat diese Revolution in den Novembertagen des Jahres 1918 akute Formen angenommen, nachdem sie ein Jahr zuvor im ehemaligen Zarenreiche in das Stadium fieberhafter Hochspannung getreten war, während in den Westländern sich erst die einleitenden Zuckungen der proletarischen Auflehnung gegen die kapitalistische Macht bemerkbar machen. Die Weltrevolution ist da! Kein Spott und kein Blödsinn kann ihre Existenz aus der Welt schaffen. Als soziale Revolution geht sie durch die einzelnen Länder und verschärft überall den Klassen Gegensatz zwischen den bisher herrschenden und bevorrechteten Schichten und den proletarischen Kräften, die teils instinktiv, teils zielbewußt der alten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das Grab schaufeln wollen.

Eine solche soziale Revolution, in der es letzten Endes darum geht, ob die alte kapitalistische Produktion nach den Erschütterungen der Kriegskatastrophe neu befestigt oder über den Haufen geworfen und durch die sozialistische Produktionsform ersetzt werden soll, stürmt nicht in heroischen Siegeslauf dahin und vollbringt ihr Werk nicht in wenigen Wochen und Monaten. Karl Marx hat uns in wahrhaft klassischer Weise das Wesen und den Gang der sozialen Revolution charakterisiert, und die Erfahrungstatsachen der rauhen Wirklichkeit bestätigen uns tagtäglich die Wahrheit der Worte des Altmeisters des Sozialismus. Daher wirkt es trotz des Ernstes unserer freudlosen Gegenwart geradezu erheitern, wenn Leute, die sich Sozialisten nennen, heute Revolutionsfeste feiern.

Je mehr wir in der Lage sind, die Ereignisse des jetzt hinter uns liegenden Revolutionsjahres im Zusammenhange zu überblicken, desto mehr drängt sich uns die Erkenntnis auf, daß das, was sich in den Novembertagen des vorigen Jahres abgepielt hat, zu Unrecht mit der Bezeichnung „Revolution“ bedacht wurde. Die Zahl derer, die im Laufe der letzten Kriegsjahre den unermesslichen Bankrott der vom Reformsozialismus parteipolitisch und gewerkschaftlicher Couleur unterstützten imperialistischen Politik des kaiserlichen Deutschlands kommen sahen und die bewußt diese unvermeidliche Entwicklung in revolutionäre und sozialistische Bahnen zu drängen suchten, war sehr gering, denn für sie erwies sich das Dichtwort, das freilich auch heute noch in republikanischen Deutschland volle Geltung hat, das Wort: „Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst“, nur allzuoft als eine schmerzlich fühlbare Wahrheit. Und es sind gerade die Leute, die heute Revolutionsfeiern begehen, welche die bewußten Revolutionäre von damals der herrschenden Militärdiktatur mit Bezeichnungen wie: Landesverräter, Wirtsköpfe, Drahtzieher — oder wie sonst die Bezeichnungen aus dem Schimpfregister des Ordnungspolizeis heißen mögen, denunzierten. Trotz aller Energie und allem Opfermut war die Zahl der bewußten Revolutionäre in Deutschland doch so gering, daß sie nicht in der Lage waren, die Revolution zu „machen“. Das, was in den Novembertagen vorigen Jahres eintrat, war der Zusammenbruch eines Systems, das an seiner eigenen Ueberpannung zugrunde ging. Die Weigerung der Marine, sich um eillen Kriegsrubmes willen zu einem Akte sinn- und zweckloser Selbstvernichtung herzugeben, und die militärische Unmöglichkeit, dem übermächtig gewordenen Gegner an der Westfront länger Widerstand zu leisten, die leiblichen Entbehrungen und seelischen Nöte der Millionen, die daheim und an den Fronten sich nur zu lange zu willenlosen Anhängeln der gigantischen Kriegsmaschine mißbrauchen ließen — all das führte zu einem gewaltigen Zusammenbruch, der Millionen in leidenschaftliche Erregung versetzte. Aber nur wenige waren es, die schon damals vor Jahresfrist die Massenmeuterei des Volkes im Waffenkampf und Arbeitsmittel in eine bewußte proletarische Revolution mit sozialistischen Zielen umwandeln wollten. Die Beworrenheit, die Unklarheit und die Zerrissenheit der Proletariatsmassen stellen zunächst diesen Plänen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Die Massen mußten erst durch Schaden klug werden, ehe sie das A B C der revolutionären Notwendigkeiten lernten. Sie mußten erst durch die demokratischen Illusionen hindurchgehen, ehe sie erkannten, daß die Erlösung des Proletariats von kapitalistischer Abhängigkeit und vom demokratisch angepöbelten Polizeistaat mit seiner Belagerungszustandsdroge nur durch das Proletariat selbst mit neuen, der revolutionären Situation entsprechenden Kampforganisationen, Kampfmethoden und Kampfzielen erfolgen kann. Das deutsche Proletariat steht noch mitten in diesem revolutionären Lehrkursus drin.

Der Zusammenbruch und die Massenmeuterei in den Novembertagen des Jahres 1918 nahmen schließlich die Formen einer politischen Revolution an. Für diese handelte es sich nur darum, an Stelle der Monarchie, die kampflös das Feld geräumt hatte, eine neue Staatsform zu schaffen und auf die Plätze der davongelaufenen Landesväter neue Repräsentanten der Obrigkeit zu setzen. Die geringe revolutionäre Schulung des deutschen Proletariats, das Fest-

leben vieler organisierter Arbeiter an den Organisationsstraditionen einer durch den Weltkrieg überwundenen Epoche der deutschen Arbeiterbewegung ermöglichten den Aposteln der Demokratie und des Reformsozialismus eine Bewegungsfreiheit, die diese geschickten politischen Geschäftsmacher zur schleunigen Liquidation der politischen Revolution ausnützten. Für die Leute, die die demokratisch-republikanische Verfassung in Weimar zurechtgedokktert haben, ist allerdings die Revolution tot und erledigt. Vom rein formal staatsrechtlichen Gesichtspunkte aus ist die Verfassungsurkunde der Latenschein der deutschen Revolution. Und da diese Verfassung und die ganze Entwicklung des hinter uns liegenden Revolutionsjahres eine politische Konstellation zustande gebracht hat, in der der unvermeidliche Kampf zwischen proletarischer Revolution und kapitalistischer Gegenrevolution noch nicht zum Austrag gebracht ist, so kann sich vorläufig noch der Reformsozialismus in der Mitte der beiden feindlichen Lager der Illusion hingeben, als sei er der Sieger der glorreichen Revolution vom November 1918. In den ersten Revolutionsmonaten ist gar viel von einer sozialistischen Republik gefaselt worden und noch heute sucht man urteillosen Arbeitern weiszumachen, daß die Ministerherrlichkeit von ein paar Duzend sozialdemokratischen Parteiführern gleichbedeutend mit der Verwirklichung des Sozialismus sei. In Wirklichkeit hat der bisherige Revolutionsverlauf in Deutschland dem Proletariat weder irgend welche Machtposition verschafft, noch uns dem Sozialismus, das heißt: einer wirklich durchgreifenden Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische näher gebracht. Erbe und Nutznießer der toten politischen Revolution ist vorläufig noch die edle Junst der zur Regierungsmwürde emporgeletterten Partei- und Gewerkschaftssekretäre.

Das sind auch die Leute, die in diesen Tagen Revolutionsfeiern veranstalten. Für sie ist die Revolution etwas Abgeschlossenes, etwas in der Vergangenheit Liegendes, das man mit schönen Worten feiert. Das Verbitternde dabei ist nur der Hauch der Unehrlichkeit, der diese Jubiläumstredner der Revolution umweht. Denn sie sind es ja gerade, die sich bis Anfang November vorigen Jahres mit aller Verbissenheit gegen die Revolution gestemmt haben, und die dann, als der Zusammenbruch da war, alles getan haben, um zu verhindern, daß das Proletariat die Revolution in sozialistischem Sinne weiterführe. Gerade die tüchtigsten und regsamsten Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes haben in den Streikbewegungen der Kriegsjahre an eigenen Leibe die unheilvollen Wirkungen der Kriegspolitik dieser Revolutionspharisäer von heute kennen gelernt. Ein bergehohtes Material von Flugblättern und Zeitungsaufklebern aus jener trübren Zeit liegt noch vor, in denen der damals auf die Durchhalteparole eingeschworene Partei- und Gewerkschaftssekretär der alten Schule das Thema: Streik ist Landesverrat! in allen Tönen der Entrüstung variiert; und viele Staatsanwälte, viele außerordentliche Kriegsgerichte haben gerade auf Grund solcher Ausführungen der offiziellen Organisationsleiter Hunderte von braven Kollegen ins Zuchthaus und Gefängnis geschickt; und dank des Hand-in-Handarbeitens von Militärdiktatur und Organisationsbürokratie sind Tausende in die Schützengräben gesandt worden, um dort Leben oder Gesundheit aufs Spiel zu setzen.

Aber während die Nutznießer der ersten Revolutionsphase ihre Feste feiern und die Revolution für tot erklären, geht die soziale Revolution draußen im Lande unberrt ihren Gang weiter; denn ihre Ursachen und ihre Triebkräfte fragen den Teufel nach dem papiernen Verfassungswerk und nach der Ministerherrlichkeit der derzeit regierenden Partei- und Gewerkschaftssekretäre. Die Unfähigkeit der Konjunktur, die Diktatur des ausländischen Kapitals, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, der im Weltkauf zum Ausdruck kommende unheilbare Finanzjammer lassen die kapitalistische Produktion nicht wieder zu normaler Entwicklung kommen. Auf der anderen Seite zwingt aber die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung, der immer mehr einsetzende Steuerdruck und viele andere auf das Proletariat einwirkende ökonomische und soziale Nöte die Arbeiterklasse zur Abwehr gegen die Versuche, die kapitalistische Produktion mit Mitteln der List und der Gewalt wieder zu befestigen. All das wird vermehrt durch die Verbitterung, die durch die Maßnahmen einer Regierung hervorgerufen wird, die zum Schutze der kapitalistischen Produktion den Belagerungszustand als Dauer-einrichtung eingeführt hat und alle proletarischen Regungen mit den Machtmitteln eines Söldnerheeres zu unterdrücken sucht, einer Regierung, die in ihrer Sorge um den Kapitalismus nicht davor zurückschreckt, sogar den Streikbruch amtlich zu organisieren.

Mögen die zurzeit herrschenden Gewalten mit Zuckerbrot oder mit Peitsche operieren, der immanenten Gesetze der sozialen Revolution werden sie nicht Herr werden. Jetzt kommt es nur darauf an, die lebendige soziale Revolution zu einer bewußt sozialistischen zu gestalten. Dazu müssen die alten Organisationen des Proletariats mit revolutionärem Geist erfüllt und zur Durchführung revolutionärer Arbeiten fähig gemacht werden. Aber den engen Verfassungrahmen hinaus muß die alte Gewerkschaft eingegliedert werden in das große Kampfgebäude, das auf dem revolutionären Boden emporwächst, in das Rätesystem, das die soziale Revolution mit einem Siege des Sozialismus zum Abschluß bringen soll. Blind und ungeschult ist vor Jahresfrist die Masse der deutschen Proletarier in die Revolution hineingetaumelt, möge sie jetzt zu Beginn des zweiten Revolutionsjahres mit klarem Auge und jähher Energie in den unausweichbaren Endkampf mit dem Kapital und der Gegenrevolution hineingehen.

Der vorstehende Artikel von Ernst Däumig war vorgelesen für den Jahrestag der Revolution. Er sollte bereits in der Nummer 45 unserer Zeitung erscheinen, wurde aber infolge technischer Schwierigkeiten bis zu dieser Nummer zurückgestellt werden.
Die Schriftleitung.

Der Machtkampf in der Berliner Metallindustrie

Wir haben in Nr. 45 unserer Zeitung über die Ursachen, den Charakter und den bisherigen Verlauf des Berliner Streiks berichtet. Seither ist abermals eine wesentliche Verschärfung des Kampfes eingetreten. Zur Stunde ist ein Ende nicht abzusehen, auch nicht die Folgen, die dieser Kiesenstreik sowohl für die Berliner wie für unsere gesamte Organisation und das deutsche Proletariat bringen wird. Aber immer schärfer offenbart sich der Charakter dieses Streiks und zwingt auch diejenigen, die sich bisher gegen unsere Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfe verschlossen haben, zu der Erkenntnis, die wir bei der letzten Besprechung des Streiks dargelegt haben.

Die Berliner Unternehmer, die im Einverständnis oder wohl auch im Auftrage des Deutschen Arbeitgeberbundes handeln, hatten sich drei Ziele gesteckt. Erstens: Abbau der Löhne und Verdienste; zweitens: Beseitigung der nach Ausbruch der Revolution von der Arbeiterschaft erworbenen Rechte; drittens: Verschlagung der Organisation der Arbeiter. Der Abbau der Löhne und Verdienste ist von den kämpfenden Berliner Metallarbeitern abgelehnt worden, nachdem auch die gesamte Berliner Arbeiterschaft in den Sympathiestreik getreten war. Unter diesem Druck fügten sich die Unternehmer dem Spruche des Schlichtungsausschusses, der vom Arbeitsminister vorgeschlagen wurde. Wäre damals die Regierung bezw. das Oberkommando Noke neutral geblieben und hätte es nicht zugunsten der Unternehmer in den Kampf eingegriffen, dann würden auch die anderen Machtgelüste der Unternehmer abgeschlagen worden sein. Wir haben auch darüber in der vorigen Nummer unserer Zeitung berichtet.

Als die Streikleitung mit den Unternehmern über die Aufnahme der Arbeit verhandelte, da erklärten die Unternehmer, daß sie den Arbeiterausschüssen, Betriebsräten und Arbeiterräten nicht die alten Rechte in den Betrieben einräumen wollten, sondern nur soweit diese Rechte „gesetzlich“ anerkannt sind. Jedermann weiß, daß sich die Arbeiterschaft auch über den formal gesetzlich gewährleisteten Rechten noch weitere Rechte, besonders nach der Revolution erworben hat, diese sollten jetzt beseitigt werden. Auch sollten die Arbeiterausschüßmitglieder, Betriebs- und Arbeiterräte als entlassen gelten und an deren Stelle durch Neuwahlen andere treten. An diesen Wahlen sollten nur diejenigen Arbeiter teilnehmen, die von den Unternehmern ausgesucht und zuerst in den Betrieb aufgenommen werden. Dieses schamlose Ansehen lehnte die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter einstimmig ab.

Da die Unternehmer die Grundrechte der Arbeiterschaft beseitigen wollten und damit die im wirtschaftlichen Kampf ein politisches Gepräge gaben, wandte sich die Streikleitung im Auftrage der Streikenden an die vier politischen Parteien, die als die Vertretung der Arbeiterinteressen gelten wollen: An die Demokratische Partei, an die Rechtssozialistische Partei, an die Unabhängige Partei und an die Kommunistische Partei mit dem Ersuchen, den Generalstreik zu erklären. Die letzteren beiden Parteien erklärten sich hierzu bereit, während die Demokraten und Rechtssozialisten nochmals mit den Unternehmern verhandeln wollten. Zwischen Vertretern der Rechtssozialisten und Unabhängigen wurde trotzdem ein diesbezüglicher Aufruf entworfen und einstimmig gutgeheißen, der aber später von den Vertretern des Vorstandes der Rechtssozialisten abgelehnt wurde, da ihre Partei einem solchen Aufruf nicht zustimmen könne. Das gleiche auch von den Demokraten.

Vertreter der vier politischen Parteien mit Vertretern des Groß-Berliner Volksgenossen verhandelten darauf mit den Unternehmern. Diese lehnten zunächst jede Verhandlung ab. Erst als ihnen erklärt wurde, daß dann zum Generalstreik aufgerufen werden könnte, ließen sie sich herbei, „Informationen“ zu geben, die aber schließlich unter dem Vorbehalt des Reichswirtschaftsministers Schmidt zu Verhandlungen ausarteten. Unter dem Druck des drohenden Generalstreiks gaben die Unternehmer nach fünfständiger Verhandlung folgende schriftliche Erklärung ab:

„Die in einzelnen Betrieben mit ihnen (Arbeiterausschüsse) schriftlich vereinbarten oder nachweislich von der Betriebsleitung (Direktion) genehmigten, über die gesetzlichen Rechte hinausgehenden besonderen Befugnisse in der Vertretung der Arbeiterschaft bleiben, soweit sie bis zum Ausbruch des Streiks in Übung waren, bis zum Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes bestehen. Von da an gelten die im Gesetz festgelegten Rechte.“

Die Frage der Arbeiterräte wird durch den Streik und seine Beilegung nicht berührt.“

Über die Einstellung der entlassenen und zurückgebliebenen Arbeiterausschüßmitglieder, Betriebsräte und Vertrauensleute lehnten die Unternehmer jede schriftliche Erklärung ab. Sie wollten keine Maßregelung vornehmen, weigerten sich aber ganz entschieden, den entlassenen Ausschüßmitgliedern, auch wenn sie wieder eingestellt werden, ihre alten Befugnisse einzuräumen. Sie bestanden auf Neuwahl und beriefen sich dabei auf die Bestimmung der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Auch sollten die Vertrauensleute bei der Einstellung der Arbeiter nicht mitwirken, es sollte nur derjenige eingestellt werden, der eine schriftliche Aufforderung erhielt.

Die Pläne der Unternehmer liegen klar zu Tage. Unter dem Druck des drohenden Generalstreiks haben sie ihr zweites Ziel: Beseitigung der Rechte der Arbeiterschaft aufgegeben, an der Verschlagung der Organisation halten sie fest, denn sie wollen die alten Vertrauensleute beseitigen und durch Neuwahlen, an denen nur zuverlässige und ausgeübte Arbeiter teilnehmen dürfen, ihren Wünschen und Forderungen gerecht werdenden „Vertrauenspersonen“ wählen lassen.

Am 2. November nahm eine von circa 4000 Vertrauenspersonen besetzte Generalversammlung zu diesem Ergebnis der Verhandlung Stellung. Damit eine gewisse Presse nicht wieder behaupten kann, daß die Führer an der Fortdauer des Streiks die Schuld tragen, empfahlen diese den Abbruch des Streiks. Gegen 16 Stimmen lehnte die Generalversammlung die Aufnahme der Arbeit ab. Alle Redner erklärten, daß sie die Versuche der Unternehmer, unsere Organisation zu zerstören, mit aller Kraft abwehren würden. Solange die Unternehmer sich weigern, die Vertrauensleute einzustellen, solange wollen auch die Berliner Metallarbeiter in Streik verharren. Außerdem beschloß die Generalversammlung, alle noch nicht im Streik stehenden Metallarbeiter Berlins einzufordern, sofort in den Sympathiestreik zu treten. Dieser Aufforderung ist reiches Folge geleistet worden. Bereits am 4. November war die Zahl der Streikenden um über 50000 gestiegen, so daß gegenwärtig weit über 200000 Arbeiter im Streik stehen.

Die Unabhängige und die Kommunistische Partei, der Groß-Berliner Volksgenoss, das Metallkartell und die 15er Kommission haben den Unternehmern ein Ultimatum gestellt. Solte bis zum 5. November keine Änderung in dem Verhalten der Unternehmer eintreten, dann wollen obenbenannte Parteien und Körperschaften ein allgemeines Generalstreik ausrufen. Die uns mitgeteilt wird, daß bereits die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands zum Generalstreik, um die kämpfenden Berliner Metallarbeiter zu unterstützen.

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir noch folgende Mitteilung: Die Reichsregierung und die preussische Regierung nehmen in einem Aufruf an die „Vollgewerkschaft“ gegen den Generalstreik Stellung. Sie bezeichnen den Generalstreik als „einen Aufschlag auf Leben und

Gesundheit“ der gesamten Bevölkerung, dem entschiedenster Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Mit Ausbietung aller Kräfte wollen sie das Leben und die Gesundheit von 60 Millionen Deutscher schützen — der Oberbefehlshaber Noke hat wieder eine Verordnung erlassen, die jeden mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bedroht, der dafür wirkt, daß „lebenswichtige Betriebe“ stillgelegt werden. (Die 15er Kommission hatte lebenswichtige Betriebe von der Beteiligung am Streik ausgeschlossen. Sie wollte aber selbst die Entscheidung treffen, welche Betriebe als lebenswichtig anzusehen sind.)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei wendet sich in einer Erklärung gegen den Generalstreik. Die Gewerkschaftskommission hat mit 66 gegen 68 Stimmen den Aufruf zum Generalstreik abgelehnt. Außerdem hält die S. P. D. Versammlungen ab, in denen gegen den Generalstreik Stellung genommen wird. Nach diesem Ergebnis sah sich die Unabhängige Partei und der Volksgenoss Groß-Berlins gezwungen, von einem Aufruf zum Generalstreik abzusehen. Am 7. November soll eine neue Generalversammlung zum Streik Stellung nehmen. Es dürfte nunmehr der Abbruch des Streiks beschlossen werden. Die streikenden Metallarbeiter werden mit blutendem Herzen die Arbeit aufnehmen müssen, während ihre Vertrauensleute als Opfer auf der Strecke liegen bleiben.

Zur Stunde können wir noch nicht mit Sicherheit sagen, ob unsere Annahme richtig ist. Aber wie dem auch sei, die Berliner

Metallarbeiter haben während dieses Kampfes ein Solidaritätsgefühl bekundet, einen Kampfes- und Opfermut gezeigt, wie er beispiellos dasteht. Wenn sie jetzt den Kampf abbrechen, weil eine Fortführung durch äußere Einflüsse in Frage gestellt ist, so gehen sie ungeschwächt in die Betriebe, um zu neuen Kämpfen zu rufen. Wenn jetzt die Pläne der Unternehmer nicht restlos abgeschlagen werden konnten, so hoffen wir doch, daß die Berliner Metallarbeiter sehr bald das Fehlende nachholen werden. Der Ausgang dieses Kampfes und das Verhalten der Unternehmer wird ein sehr bitteres Gefühl bei den Streikenden zurücklassen. Wenn die Unternehmer versuchen sollten, die Vertrauensleute der Organisation zu maßregeln, dann sind sie es, die die Verantwortung für kommende Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens tragen.

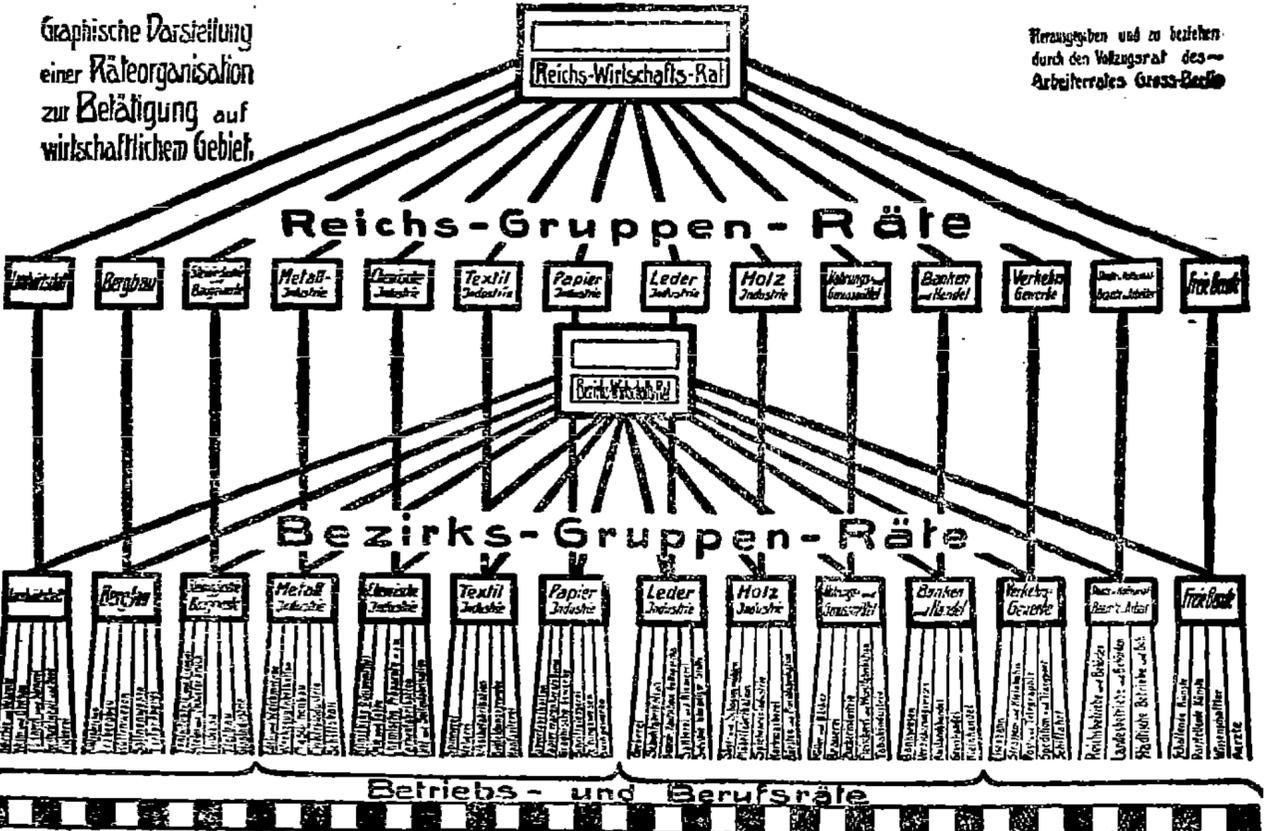
An unsere Kollegen im Reich richten wir die Bitte, den Berliner Kollegen finanzielle Hilfe zu leisten. Dieser Kiesenstreik zog viele Kollegen mit in den Kampf, die noch nicht unterstützungsberechtigt waren, also die faktuarisch zuzehende Unterstützung auch nicht erhalten konnten. Viele von diesen werden noch auf Wochen hinaus unterstützt werden müssen, die nicht unterstützungsberechtigten Kollegen sind auf freiwillige Beiträge unserer Mitglieder angewiesen. Wir glauben, unsere Kollegen im Reich werden es an Solidarität nicht fehlen lassen.

Das Räteystem zur wirtschaftlichen Betätigung

„... Zielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Räteystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Räteystem muß alle wertvollen Kräfte des Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereinigen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Ueberleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem, das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.“

Dieser Teil der programmatischen Erklärung unserer Verbandsgeneralversammlung erkennt das Räteystem zur wirtschaftlichen Betätigung an. Klar und scharf wird auf die organische Entwicklung zum Räteystem hingewiesen und die Aufgaben desselben festgelegt. Nunmehr muß dieser Teil unseres Programms erläutert werden. Dazu bringen wir heute eine graphische Darstellung nebst Richtlinien, die von einer kleinen Kommission entworfen und später von der Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands angenommen wurden. Diese Richtlinien werden wir erläutern und später die Aufgaben unserer Organisation aufzeichnen.

Graphische Darstellung einer Räteorganisation zur Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet.



Nichtlinien für das wirtschaftliche Räteystem.

Die planmäßige Organisation der Produktion erfordert den Aufbau einer wirtschaftlichen Räteorganisation. Durch sie soll die Selbstverwaltung aller Berufsarten, Industrie-, Gewerbe-, Handels- und Verkehrszweige gewährleistet werden. Die Grundlage dieser Organisation sind die Betriebsräte, die kleinsten gesellschaftlich produktiven Einheiten des Wirtschaftslebens. Aus den Betrieben werden die Vertrauensleute des wertvollsten Volkes gewählt. Diese Räteorganisation erstreckt alle arbeitenden Kräfte des Volkes. Sie ist organisch auszubauen zu einer das ganze Volks- und Wirtschaftsleben zusammenfassenden Zentralorganisation:

1. Die deutsche Republik bildet eine Wirtschaftseinheit, die zentral verwaltet wird.
2. Deutschland wird in Wirtschaftsbezirke eingeteilt, in denen die produktiv Tätigen in Bezirksorganisationen zusammengefaßt werden.
3. Die gesamte Produktion gliedert sich nach Industrie-, Handels- und Verkehrszweigen und selbständigen Berufsgruppen.
4. Diese Gliederung ergibt folgende Gruppen:
 1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Jagderei.
 2. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgewerbe.
 3. Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe.
 4. Metallindustrie.
 5. Chemische Industrie.
 6. Spinnstoffgewerbe, Konfektion.
 7. Papierindustrie, Graphisches Gewerbe.
 8. Leder- und Schuhindustrie.
 9. Holz- und Schnitzstoffgewerbe.
 10. Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe.
 11. Textil-, Färberei- und Handlungsgewerbe.
 12. Seiden- und Wollgewerbe.
 13. Seiden- und Arbeiter der Staat- und Kommunalbetriebe.
 14. Klein- und Mittelbetriebe.

innerhalb eines Wirtschaftsbezirkes schließen sich zu einem Bezirksgruppenrat zusammen und wählen einen geschäftsführenden Ausschuss. Der Bezirksgruppenrat überwacht und regelt die Produktion im Bezirke nach den vom Reichsgruppenrat zu erlassenden Bestimmungen. Innerhalb des Bezirkes ist der Bezirksgruppenrat die höchste Instanz zur Entscheidung aller sich aus dem Produktionsverhältnisse seiner Gruppe ergebenden Fragen.

7. Der Bezirksgruppenrat einer jeden unter 4 aufgeführten Gruppe wählt aus seiner Mitte die Delegierten zum Reichswirtschaftsrat. Dieser entscheidet über Kompetenzstreitigkeiten unter den vorhandenen Gruppen des Bezirkes; auch Produktions- und Wirtschaftsfragen, die nur innerhalb des Bezirkes geregelt werden können, unterliegen der Entscheidung des Reichswirtschaftsrates.
8. Der Bezirksgruppenrat einer jeden unter 4 aufgeführten Gruppe wählt aus seiner Mitte Delegierte zu einem Reichsgruppenrat, welcher gebildet wird aus den Vertretern der gleichen Gruppe aller Bezirke.
9. Der Reichsgruppenrat ist die Zentralinstanz der Gruppe. Er hat nach dem allgemeinen Wirtschaftsplan des Reichswirtschaftsrates Art und Umfang der Produktion, Beschaffung und Verteilung der Rohmaterialien, den Absatz der Produkte sowie alle die Gruppe betreffenden Fragen zu regeln. Er kann zur Erledigung aller ihm obliegenden Fragen besondere Kommissionen bilden, die durch Sachverständige ergänzt werden können.
10. Die Reichsgruppenräte der unter 4 aufgeführten Industrie-, Gewerbe-, Handelszweige usw. wählen aus ihrer Mitte Vertreter in den Reichswirtschaftsrat.
11. Die Vertretung der Reichsgruppenräte im Reichswirtschaftsrat regelt sich nach dem Verhältnis der Gesamtzahlen der in den einzelnen Gruppen Beschäftigten.
12. Der Reichswirtschaftsrat setzt sich zu gleichen Teilen zusammen aus den Vertretern der angeführten 14 Wirtschaftsgruppen und aus den Vertretern der Organisation des Konsums. Die Leitung des Reichswirtschaftsrates führen die dazu Beauftragten des Zentralrates.

Wahl und Zusammensetzung der Betriebsräte.

- 1. In dem Betriebsrat eines jeden Betriebes sollen nach Möglichkeit die einzelnen Abteilungen des Betriebes vertreten sein.
2. Die Wahl wird von den in den Betrieben beschäftigten wahlberechtigten Personen vorgenommen, ist geheim und erfolgt auf jederseitigen Widerruf.
3. Wahlberechtigt sind ohne Unterschied des Geschlechts alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Angestellte, die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten und dadurch ihren Lebensunterhalt erwerben.
4. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, die im Besitz von Produktionsmitteln sind, diese im eigenen Interesse auszunutzen und ständig durch fremde Arbeitskräfte bedienen lassen, ferner Personen, die einen privatkapitalistischen Betrieb oder eine Anstalt pachtweise erhalten und ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen.

Die Aufgaben der Betriebsräte.

- 1. Der Betriebsrat ist die Vertretung aller Angestellten und Arbeiter des Betriebes.
2. Über die Gehalts- und Lohnangelegenheiten, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsordnung, über Einstellung, Versetzung, Beurlaubung, Kündigung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten entscheiden nach den für den Erwerbszweig von den Reichsgruppenräten aufgestellten Grundsätzen Betriebsleitung und Betriebsrat in jedem Falle gemeinsam.
3. Der Betriebsrat hat für weitgehendsten Schutz der menschlichen Arbeitskraft ständig Sorge zu tragen. Er überwacht die peinlichste Durchführung der berg- oder gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften.
4. Die Durchführung der sozialistischen Produktionsweise macht es den Betriebsräten zur Pflicht, für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und Werkzeuge, für die technische Hebung und organisatorische Vereinfachung der Betriebsräte Sorge zu tragen.
5. Der Betriebsrat muß in alle Angelegenheiten des Unternehmens Einsicht nehmen. Dabei kann er seinen einzelnen Mitgliedern bestimmte Arbeitsgebiete zuweisen, jedoch erfolgt jede Stellungnahme zu irgendwelchen Vorgängen gegenüber der Betriebsleitung stets gemeinsam.
6. Die Ausführung der gemeinsam gefassten Beschlüsse erfolgt durch die Betriebsleitung, die dem Betriebsrat dafür verantwortlich ist. Eigenmächtige, selbständige Eingriffe in die Betriebsführung stehen dem Betriebsrat nicht zu.
7. Bei Streitigkeiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat ist der Bezirksgruppenrat anzurufen; führt seine Vermittlung nicht zu einer beiderseitig anerkannten Lösung des Konflikts, so entscheidet auf Antrag der Bezirksgruppenrat endgültig.
8. Die Wahl oder die Abberufung und Versetzung von Betriebsleitern erfolgt durch den Bezirksgruppenrat, in dem alle Betriebsräte vertreten sind. Der Bezirksgruppenrat ist berechtigt, die Regelung betrieblicher Angelegenheiten Revierräten zu übertragen.
9. Für jeden Industrie- oder Gewerbebezirk werden zu diesen allgemeinen Anweisungen durch den Reichsgruppenrat Ausführungsbestimmungen erlassen, für deren Beachtung die Betriebsräte Sorge zu tragen haben.
Da das wirtschaftliche Rätesystem die Funktionen der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Organisationen zu übernehmen hat, sind ebenso wie die Parteien auch die Gewerkschaften bis zur völligen Durchführung des Sozialismus als bedeutsame Faktoren des proletarischen Befreiungskampfes aktionsfähig zu erhalten.

Berichtigung.

In der Nummer 45 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 182, Spalte 8, ist im Bericht von der 14. Generalversammlung zu lesen: „Im übrigen ist aus der Statutenberatung noch bemerkenswert die Festsetzung des Sozialbeitrags auf 25, 10 und 5 % für die 1., 2. und 3. Beitragsklasse...“

Diese Festsetzung ist unrichtig, da die Festsetzung der Sozialbeiträge nicht dem Beschluß der Hauptgeneralversammlung unterliegt. Die angeführten Sätze sind derjenige Teil des Grundbeitrages, welcher den Ortsverwaltungen zur Deckung örtlicher Ausgaben verbleibt. Schließend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 16. Nov. der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. November 1919 fällig ist.

Wichtige Änderungen des Statuts.

Mit sofortiger Wirkung (ab 13. Oktober):

- §§ 15 und 16. Die Bemessungs- oder die Streifenunterstützung beträgt für die Mitglieder der:
I. Beitragsklasse pro Tag 5 M oder 30 M pro Woche
II. " " " 8 " " 18 " "
III. " " " 2 " " 12 " "
Dazu tritt für die verheirateten Mitglieder, die für den Unterhalt ihrer Familie sorgen, ein Zuschlag. Dieser beträgt bei Mitgliedern der I. Klasse für die Frau 1 M pro Tag oder 6 M pro Woche, bei Mitgliedern der II. Klasse 0,50 M pro Tag oder 3 M pro Woche, außerdem für die Mitglieder der I. und II. Klasse für jedes der Fürsorge unterstehende Kind 0,50 M pro Tag oder 3 M pro Woche. Bei geringerer als 26wöchiger Mitgliedschaftsdauer beträgt die Unterstützung für die Mitglieder der:
I. Beitragsklasse 3 M pro Tag oder 18 M pro Woche
II. " " " 2,50 " " 15 " "
III. " " " 1,50 " " 9 " "
Dazu tritt für die verheirateten Mitglieder der I. und II. Beitragsklasse, die für den Unterhalt ihrer Familie sorgen, ein Zuschlag. Dieser beträgt für die Frau 0,50 M pro Tag oder 3 M pro Woche, für jedes der Fürsorge unterstehende Kind 0,50 M pro Tag oder 3 M pro Woche.

Mit Wirkung vom 28. Dezember 1919 an:

Table with 4 columns: Mitgliedschaftsdauer von, in Klasse I (1,20 M Beitrag), in Klasse II (60 % Beitrag), in Klasse III (30 % Beitrag). Rows show weekly contribution amounts for different age groups and membership durations.

§ 13. Das Sterbegeld beträgt:

Table with 4 columns: Mitgliedschaftsdauer von, in Klasse I, in Klasse II, in Klasse III. Shows death benefit amounts for different membership durations.

§ 32. Die Zahl der Vertreter auf den Bezirkskonferenzen beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 1000 einen, bis 3000 zwei, jedoch nicht mehr als drei.

§ 33, Abs. 6. Für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige örtliche Zwecke stehen den Ortsverwaltungen vom Beitrag der I. Klasse (1,20 M Beitrag) 25 %, vom Beitrag der II. Klasse (60 % Beitrag) 10 % und vom Beitrag der III. Klasse (30 % Beitrag) 5 % zur Verfügung.

§ 38, Abs. 2. Angriffsbewegungen müssen mindestens einen Monat vor Beginn der Bezirksleitung angemeldet werden usw.

§ 38, Abs. 10. Der Antrag auf Genehmigung der Arbeitseinstellung muß abgelehnt werden, wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angezogen worden sind und wenn nicht mindestens drei Viertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für die Arbeitseinstellung gestimmt haben.

§ 39. Das Statut tritt am 28. Dezember 1919 in Kraft. Der erste erhöhte Wochenbeitrag für die Woche vom 28. Dezember 1919 bis 3. Januar 1920 ist mit Sonntag den 28. Dezember 1919 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 5 columns: Verwaltung, für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich Pfennig, Beginn der Beitragserhöhung. Lists locations like Gschwege, Großenhain, Kassel, Wiesbaden with their respective contribution amounts and start dates.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Alfenstein:

Der Schmied J. Josef Palmowski, geb. am 3. Oktober 1882 zu Moritzen, eingetret. am 16. März 1919 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 29290, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Bromberg:

Der Arbeiter Friedrich Brubehl, geb. am 25. Mai 1885 zu Labischin, eingetret. am 13. Dez. 1918 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 6824, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Lautawerf:

Der Elektromonteur Herbert Renzel, geb. am 12. Nov. 1890 zu Schosdorf, eingetret. am 4. Mai 1919 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 15206, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch-Nr. 2297860, lautend auf den Schlosser Paul Hinderer, geb. am 15. März 1896 zu Eßlingen (Eßlingen). Mitgliedsbuch-Nr. 2876016, lautend auf den Schmied Fritz Weise, geb. am 29. März 1892 zu Kresschau (Reich).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, Stuttgart, Kiste Nr. 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postkontokonto 6803, Postfachamt Stuttgart, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Berner, Stuttgart, Kiste Nr. 16, 1. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Die entsprechend § 28 Absatz 4 unseres Statuts auf dem Verbandstag in Stuttgart vorgenommene Wahl der Ausschussvorsitzenden ergab die Übertragung des Vorsitzes an den Kollegen Konrad Lang, Monteur, und dessen Stellvertretung durch den Kollegen Wilhelm Baumann, Dreher. Die auf Grund des oben erwähnten Paragraphen des Statuts vorgenommene Wahl der Beisitzer zum Ausschuss wurde durch die Mitgliederversammlung der Verwaltungstelle Frankfurt a. M. am 23. Oktober 1919 im Anschluß an die Berichterstattung von der Generalversammlung vorgenommen. Es wurden gewählt die Kollegen August Wäfer, Schlosser, Johann Schmitt, Mechaniker und Franz Sichel, Dreher. Die konsultierende Sitzung vom 3. November 1919 bestimmte den Kollegen Wäfer zum Protokollführer und den Kollegen Schmitt zum Kassierer. Alle Zuschriften und Sendungen für den Ausschuss sind zu richten an Konrad Lang, Frankfurt a. Main, Leibnizstr. 7, 1.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzubalten:

- von Wandbagisten und Drehpödiemachern nach Düsseldorf (Fa. Arthur Wolf) M.; nach Kassel L.;
von Drehern nach Soest (Fa. Rothermeyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chem. Fabriken) M.;
von Formern und Gießereischichtarbeitern nach Soest (Fa. Rothermeyer) D.;
von Gravurern (Relief-) nach Dheyndt (Fa. Fern. Schütt U.G.) D.;
von Instrumentenmachern nach Kassel L.;
von Kesselschmiedern nach Soest (Fa. Rothermeyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.;
von Klempnern und Installateuren nach Biberach a. N. L.;
nach Greifswald i. Pommern (Fa. Alfred Kuhn) M.;
von Metallarbeitern nach Bremen L.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gelsenkirchen (Fa. Gelsenkirchener Maschinenfabrik) D.; nach Gumbinnen v. St.; nach Halberstadt a. S. u. Umg. L.; nach Lahr L.; nach Lindau D.; nach Dhruf. i. Th. St. u. A.; nach Überlingen (Fa. Turbo, Maschinenfabr.) St.; nach Weimar M.;
von Metallbearbeitern nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.; nach Leipzig (Böllner & Geißler, Rabold & Lindner, Schneider & Stoy) D.;
von Schlossern und Schmieden nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.;
von Schmitt- und Stangenbauern, Schlossern, Drehern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Rob. Kötsch) L.;
von Werkzeugmachern nach Völkand (Fa. Joh. Krud) L.;
von Zünglehern nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedemann) M.
L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Verzögerung; Mi. = Mißstände.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Kolleginnen und Kollegen! Die Generalversammlung hat dem Kollegen Gaase und mir die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung übertragen. Kollege Gaase kann seine Tätigkeit nicht sofort aufnehmen, da er noch für kurze Zeit an seinen alten Wirkungskreis gebunden ist. Ich glaube aber in seinem Sinne zu handeln, wenn ich bestrebt bin, den Inhalt der Zeitung anders zu gestalten, als es bisher der Fall war. Großen Wert lege ich auf die Erörterung allgemein wichtiger Fragen der Gegenwart. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse entwickeln sich so schnell, daß es kaum möglich ist zu folgen, und daß oftmals die brennendsten Fragen nicht so ausführlich erörtert werden können, wie es erwünscht wäre. Zu alledem kann unsere Zeitung wöchentlich nur einmal erscheinen. Der Raum, der zur Verfügung steht, ist sehr beschränkt. Bisher haben die Berichte der Verwaltungen sehr viel Raum in Anspruch genommen. Auch in Zukunft sollen und müssen die wichtigsten Ereignisse der einzelnen Verwaltungen Aufnahme finden. Dabei wäre es aber sehr erwünscht, wenn sich unsere Kollegen auf Fragen beschränken, die allgemeines Interesse haben. Mir liegen Berichte aus Verwaltungen vor, die ausführliche Darstellungen der abgeschlossenen Kollektivverträge enthalten, die aber nur von rein örtlichem Interesse sind. Es wäre meines Erachtens verfehlt, wollte man den Raum einer Zeitung, die in einer so reichhaltigen Auflage erscheint wie die unsrige, zur Aufnahme solcher Berichte verwenden. Ich glaube im Sinne unserer Kollegen zu handeln, wenn ich diese Berichte etwas gekürzt zum Abdruck bringe. Dabei möchte ich die Bitte an unsere Kollegen im Reich richten, an der Erörterung allgemeiner Fragen durch Beiträge regen Anteil zu nehmen. Rich. Müller.

Drahtwalzer.

Gelsenkirchen. Welches Spiel treibt man mit euch? Seht euren Führern auf die Finger. Betrachtet ihr Lun mit kritischem Auge. Erst hat man euch gesagt, die Berufsinteressen der Draht- und Feinwalzer können nicht innerhalb der großen Organisationen der Metallarbeiter genügend vertreten werden. Es wird ein Draht- und Feinwalzer-Verband gegründet. Gut! Dann kommt man zu der Überzeugung, daß das Verbändchen auf eine breitere Grundlage gestellt werden muß. Aus dem Draht- und Feinwalzerverband wird ein „Walzer-Verband“ gemacht. Auch gut! Man sieht ein, daß der Verband nur leitungsunfähig ist, wenn er von der „Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie“ anerkannt wird. Ein solcher Antrag wird vom Vorstehenden Kneuper gestellt, jedoch abgelehnt. Dieses ist schon nicht mehr so gut. Nun sieht man, daß man vollständig in der Luft hängt. Man ist zwischen zwei Säulen. Man sieht ein, daß man einen dummen Streich mit der Abplittierung gemacht hat. Allgemeine Notlosigkeit. Aber da erscheint im letzten Augenblick ein rettender Engel auf der Bildfläche in Gestalt der „Arbeiterunion“. Im Versprechen kann diese selbstverständlich Großes leisten und man sagt den Walzern, wenn ihr euch von den Zentralgewerkschaften abgeplittert habt und nicht von den Metallindustriellen anerkannt werdet, dann kommt zu uns. Wir vertreten die Interessen aller Arbeiter, die Interessen der Väter, der Schlosser, der Schuster, der Schneider, der Hilfsarbeiter, der Wächter der Nach- und Schließgesellschaft, also alle Verufe werden durch uns zusammengefaßt und vertreten, nicht nur vertreten, sondern auch im revolutionären Sinne vertreten. Letzteres ist von besonders großer Wichtigkeit. Da ist es für uns eine Kleinigkeit, die Walzer zu vertreten. Dieses leuchtet selbst dem großen Strategen, Herrn Kneuper, ein. Er kann den Lockungen nicht widerstehen und alle Grundsätze von Selbständigkeit der Walzer werden über Bord geworfen und man schließt sich der Union an. Von den großen, durch ihre Macht anerkannten Metallarbeiterorganisationen sondert man sich ab und einem neuen Gebilde von keinerlei Bedeutung schließt man sich an. Wie denken sich die Walzer ihre Vertretung im Betriebsrat oder Arbeiterausschuß? Werden sie bei der Verhältnismäßigkeit als kleine Gruppe einen Vertreter durchbekommen? Machen die Walzer diesen Uninn mit? Den Walzern ist die Möglichkeit gegeben, ihre Berufsinteressen geschlossen zu beraten und zu fördern. Sie können dieses innerhalb einer Branche der Metallarbeiterorganisationen. Ohne Rücksicht auf Organisationszugehörigkeit können die Walzer dort zusammenkommen, ihre Berufsinteressen fördern und Schuler an Schuler solidarisch mit anderen Kollegen ihre Interessen vertreten.

Graveure, Ziseleure, Gold- und Silberarbeiter, Gelbmietallarbeiter und verwandte Berufe.

Düsseldorf. Die Branchenleitung gibt nach Abschluß des Tarifvertrags einen abschließenden Bericht. Nach Abschluß des Wältermodens mußte eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse für unsere Kollegen geschaffen werden.

Metallarbeiter.

Neustadt a. d. Orsa. Mit den Metallindustriellen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der unter Berücksichtigung der derzeitigen Verhältnisse Mindestlöhne festsetzt, die je nach Leistungen und Tüchtigkeit des einzelnen Arbeiters überschritten werden können.

Schönebeck. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 10. Oktober ihre Generalversammlung ab. Nach einem Vortrag des Kollegen Hopfen über Feuerung, Löhne und verkürzte Arbeitszeit wurde der Geschäftsbericht gegeben.

Orthopädiemechaniker und Instrumentenmacher.

Kassel. Die Orthopädiemechaniker und Instrumentenmacher stehen hier zurzeit in einer Bewegung, um die Stundenlöhne den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu gestalten. Nachdem dahingehende Forderungen den einzelnen Firmen unterbreitet wurden, kündigte die Firma Wilh. Becker dem Obmann des Arbeiterschusses das Arbeitsverhältnis.

Mannheim. Die Orthopädiemechaniker und Bandagisten haben sich zu einer Branche zusammengeschlossen. Der größte Teil unserer Kollegen verhielt sich lange ablehnend gegenüber dem organisatorischen Zusammenschluß.

Rohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für September 1919.

Table with 5 columns: Beruf, Arbeitlos waren am 1. Sept. 1919, Arbeitlos waren am 30. Sept. 1919, In Arbeit waren am 1. Sept. 1919, In Arbeit waren am 30. Sept. 1919. Rows include Besten-Rohrleger, Besten-Pfeifer, Feinwerk-Rohrleger, Feinwerk-Pfeifer, and a total row.

Schmiede.

Mörsen. Die hiesigen Senfenschmiede haben bisher den Weg zum Deutschen Metallarbeiter-Verein noch nicht gefunden. Sie sind selbstständig an den niedrigen Löhnen, die ihnen von den Untertarnehmern gezahlt werden.

Berlin. Der Kollege Arthur Köhler, Berlin, sendet uns eine Zuschrift, der wir folgende entnehmen: Der Verbandstag hat die Reichskonferenz der Schmiede beschlossen. Jetzt müssen die Kollegen im Reich die erforderlichen Vorbereitungen treffen.

Werftarbeiter.

Rübeck. Ein Sturm der Entrüstung geht durch die Reihen der Werftarbeiter, wenn von anderen Betrieben und Orten die Nachricht kommt, daß günstige Arbeitsverhältnisse, Lohnaufbesserungen nebst Wirtschaftlichkeits- oder Anschaffungsbeihilfen zu verzeichnen sind.

Rundschau

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Das Gesetz über Betriebsräte ist im Ausschuss der Nationalversammlung durch die Vertreter der bürgerlichen Parteien bereits so verschlechtert worden, daß den Betriebsräten, falls der Entwurf Gesetz werden sollte, die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft fast unmöglich gemacht wird.

Bisher haben die Rechtssozialisten den Bürgerlichen eine Konzeption nach der anderen gemacht. Wenn jetzt der 'Vorwärts' schreibt, dem 'Annehmbar' der Demokraten müsse seitens der Vertreter der Rechtssozialisten ein ebenso feiner entgegengekehrt werden,

Das deutsche Tarifrecht.

Nachdem durch Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 21. Dezember 1918 einige der dringlichsten Fragen des Tarifvertragsrechts vorläufig geregelt worden waren, nahm das Tarifvertragswesen einen ungeheuren Aufschwung, zumal da viele Unternehmer, die sich bisher nach absehbare Verhältnisse hatten, nach der politischen Umwälzung doch einsahen, daß auch sie sich dem neuen Stande der Dinge anpassen mußten.

Zu diesem Zwecke ist zu Beginn dieses Jahres beim Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, ein Tarifarchiv entstanden, das die Aufgabe hat, möglichst sämtliche Tarifverträge bald nach ihrem Abschluß zu erfassen und zu ordnen.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins hat auch bereits im Mai dieses Jahres an die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen ein Rundschreiben erlassen, worin er ersucht, nach jedem Vertragsabschluss möglichst sofort den Vertrag in facher Aufertigung zuzusenden.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. Nachrichten für einzelne Berufe. In Argentinien besteht entgegen vielfachen Annahmen, kein Bedarf an höherem Personal in der Elektrotechnik.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Aufgaben der Gemeinden. Von Dr. Michael Schaefer.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.) Samstag, 22. November: Magdeburg, Vorwärts, halb 8 Uhr.

Sonstige Anzeigen

Metallbrüder für Altkameradschaften. Rohgeschliffe sofort gesucht. Ernst Reubhaus, Rißpe 1, Westf. Borarbeiter für Kleinmaschinenbau mit moderner Arbeitsweise vertraut, nach Pfortheim zum baldigen Eintritt gesucht.